Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 510. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 206.**

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonheft.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft.), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Chefredakteur: Dr. Strasser-Roßdeg., Halle (Saale).

Donnerstag, 30. Oktober 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 33. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

Aus Braunschweig.

In der braunschweigischen Landesversammlung am Mittwoch verlas Staatsminister Hartwieg die

Verzichturkunde

des Herzogs von Cumberland. Darin heißt es:

Nach dem am 18. Oktober 1884 erfolgten Ableben Unseres hoch geehrten Herrn Oheims und Vetters, des Durchlauchtigsten Herzogs und Herrn Wilhelm, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg usw., ist Uns als nächstem Thronfolgeberechtigten das Recht auf den Thron des Herzogtums Braunschweig kraft der in Unserem Fürstlichen Gesamthause Braunschweig-Lüneburg bestehenden Rechte überkommen. Die Regierung im Herzogtum Braunschweig konnte von Uns nicht ausgeübt werden, da vom Bundesrat Unsere Befindung zur Ausübung der Regierung ausgesprochen wurde. In der Voraussicht, daß der Bundesrat gegen den Regierungsantritt Unseres vielgeliebten Sohnes Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlichen Prinzen von Großbritannien und Irland, Königliche Hoheit und Liebden, von Reichs wegen Bedenken nicht mehr erheben werde, verzichten Wir hiermit feierlichst auf die Uns überkommenen Rechte auf den Braunschweigischen Thron und übertragen diese in ihrem vollen Umfange auf Unseren vielgeliebten Sohn Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg usw.

Sodann erstattete Staatsminister Hartwieg Bericht über den Verlauf und Abschluß der Verhandlungen in der Thronfolge-Angelegenheit. Die Landesversammlung hielt darauf eine geheime Sitzung ab, in der folgende — öffentlich verlesene —

Erklärung

beschlossen wurde:

Die Landesversammlung hat mit lebhafter Befriedigung von den Ausführungen des Herrn Staatsministers Kenntnis genommen. Sie begrüßt mit Freuden den Bundesratsbeschluß vom 27. d. Mts., welcher die Wiederübernahme der Regierungsgewalt im Herzogtum durch das angestammte und in vielhundertjähriger Geschichte mit dem Lande verbundene welfische Herrscherhaus gewährleistet. Die Landesversammlung spricht die zuversichtliche Erwartung aus, daß der im ganzen Lande mit Jubel begrüßte bevorstehende Regierungsantritt Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August, Herzogs zu Braunschweig, unter Gottes Schutz nicht nur dem Herzogtum zum Segen gereichen werde, sondern auch dem Deutschen Reiche, und daß in der Bevölkerung des Herzogtums Bestrebungen keinen Boden gewinnen werden, welche das gute Verhältnis mit dem Bundesstaate Preußen trüben können."

Diese Erklärung wurde einstimmig gutgeheißen.

Die Zivilliste.

Abgeordneter Glaser berichtete sodann namens der Finanzkommission über die Regierungsvorlage betreffend die landesfürstliche Rente. Diese Rente wurde in der angeforderten Höhe von 1 125 322⅔ Mark einstimmig und ohne Debatte bewilligt.

Eine bedeutsame Rede des braunschweigischen Staatsministers Hartwieg.

Gleich nach Eröffnung der Mittwoch-Sitzung der Landesversammlung hatte Staatsminister Hartwieg das Wort zu folgender Ansprache genommen:

Meine hochgeehrten Herren!

Mit einem Herzen voll Dank gegen Gott, der die Geschicke der Völker lenkt, ergreife ich das Wort, um Ihnen über die Verhandlungen, die jetzt zum Ziele geführt haben, nähere Mitteilung zu machen. In den Ausschüssen des Bundesrats sind nach dem Referat des beauftragten Bevollmächtigten Erklärungen abgegeben worden, die sämtlich darauf hinausliefen, daß irgend welche Bedenken gegen die Thronbesteigung eines Gliedes des Herzoglichen Hauses nicht mehr beständen. Darauf ist ohne jeden weiteren Widerspruch in den Ausschüssen dem Antrage zugestimmt worden, den Antrag der preußischen Regierung dem Plenum pure zur Annahme zu empfehlen. Sodann sprach der Staatsminister namens seiner Regierung der Reichsleitung und den hohen Verbündeten Regierungen den lebhaftesten Dank für ihre Entschließung aus und fuhr fort: Das nahezu 30 Jahre währende Provisorium im Herzogtum Braunschweig wird mit dem in der allernächsten Zeit zu erwartenden Antritt der Regierung seitens Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, sein Ende erreicht haben und die dynastische Zukunft des Landes, so Gott will, für immer gesichert sein. Die Regierung des Herzogtums hat dem Reiche und Preußen gegenüber stets die loyalste Haltung beobachtet. Die hohen Verbündeten dürfen fest überzeugt sein, daß in dieser Haltung auch in Zukunft niemals eine Aenderung eintreten, die Regierung des Herzogtums vielmehr ständig im Sinne der Förderung des Friedens und der Sicherheit des Deutschen Reiches geführt werden wird. — Diese Erklärung habe ich am Dienstag auch Seiner Königlichen Hoheit dem Herzog Ernst August vorgelegt und kann erklären, daß sie die volle Billigung Seiner Königlichen Hoheit gefunden hat. Ich habe darauf im Bundesrat die mir von dem Bevollmächtigten Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg übergebene Verzichturkunde dem Staatssekretär vorgelegt, sie mir aber wieder ausgebeten, um sie im Landeshauptarchiv niederzulegen.

Ich habe es stets als meine erste und wichtigste Aufgabe erachtet, Erwägungen anzustellen, ob und wann die Thronfolgefrage in Angriff genommen und zu einem guten Ende geführt werden könne. Ungeachtet der segensreichen Regierung unserer beiden vorigen Regenten, Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen und Seiner Hoheit des Herzogs Johann Albrecht, in dem das Land wiederum einen Regenten erhalten hat, der länger als sechs Jahre mit unvergleichlicher Pflichttreue die Geschicke des Landes geleitet hat, ist es doch die Pflicht eines jeden Staatsministers, Schritte zu tun im Interesse der Zukunft des Landes, wo und so oft sich dazu Gelegenheit bietet. Auch der Landtag hat wiederholt dieser Auffassung Ausdruck gegeben. Der Minister gab hierauf einen Ueberblick über die Entwicklung der Thronfolgefrage, schilderte die einzelnen Phasen und fügte hinzu, daß die Preßkampagne und die mißlichen Uebertreibungen der hannöverschen Welfen gewisse Schwierigkeiten hervorgerufen hätten, deren Beseitigung die Ergreifung von Maßregeln für die Zukunft nötig machte. Es bestanden Zweifel darüber, sagte der Minister, ob der formelle Antrag von seiten der Regierung des Herzogtums Braunschweig oder von Preußen auszugehen habe. Die Reichskanzlei und das preußische Staatsministerium erkannten schließlich an, daß Braunschweig die Anregung dazu geben müsse, und die Reichskanzlei erwarte darüber ein Schreiben unserer Regierung. Das ist nun erfolgt in einem Schreiben vom 4. Oktober. Das Schreiben wird in den nächsten Tagen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" in vollem Umfange veröffentlicht werden. Es schließt mit dem Ersuchen, der Reichskanzler wolle zur Beseitigung der Hindernisse, die der Thronbesteigung Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Ernst August entgegenständen, die nötigen Schritte tun. Die offizielle Anregung ist von uns ausgegangen, und vom preußischen Staatsministerium ist dann der formelle Antrag an den Bundesrat gerichtet worden. Der Staatsminister nahm hierauf Gelegenheit, die Verzichturkunde des Herzogs von Cumberland bekanntzugeben und fuhr fort: Wir haben in Rathenow am Dienstag Gelegenheit gehabt, Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Ernst August über eine ganze Reihe von Angelegenheiten Vortrag zu halten. Wir haben von Seiner Königlichen Hoheit die Ueberzeugung gewonnen, daß eine absolute Zuverlässigkeit besteht, daß jedes Wort, was er gesagt, von ihm getreulich gehalten werden wird. Weitere Erklärungen von Seiner Königlichen Hoheit zu erwarten, ist nicht tunlich. Wir haben die Sicherheit, daß Seine Königliche Hoheit völlig loyal seinen Verpflichtungen nachkommen wird, und daß nicht die geringsten Zweifel bestehen, daß er den Wünschen und Hoffnungen der Landesversammlung entsprechen wird. Unter völliger Wahrung der Interessen Preußens und des Reiches dürfen wir einer gesegneten, glücklichen Zukunft entgegensehen. Wir brauchen keinen Zweifel an der Bündnistreue Seiner Königlichen Hoheit zu hegen. Er wird alles tun, um das Herzogtum zu fördern. Worte helfen dabei nichts, die Taten müssen beweisen. (Lebhaftes Bravo!)

Hierauf trat eine Pause ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung brachte der Präsident die oben gemeldete Erklärung des Landtags in Vorschlag, die bekanntlich einstimmig angenommen wurde.

Das Kaiserpaar in Rathenow.

Ueber den Aufenthalt des Kaiserpaares am Mittwoch abend in Rathenow wird uns von dort gedrahtet:

Unter stürmischen Hochrufen einer großen Menschenmenge trafen gegen 7 Uhr hier in Automobilen ein S. M. der Kaiser in der Uniform der Zietenhusaren, J. M. die Kaiserin, die Königin von Griechenland und die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen. Im Hofe der Villa begrüßte Prinz Ernst August seine Schwiegereltern und Verwandten herzlichst und geleitete sie in die Villa, wo die Begrüßung durch die Prinzessin Viktoria Luise stattfand. Die Stadt ist prächtig geschmückt.

Deutsches Reich.

Die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft.

Vor einem sehr zahlreichen Auditorium von Richtern und Staatsanwälten hielt Professor Dr. Dade, der landjährige Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats, in Berlin einen Vortrag über „25 Jahre deutscher Landwirtschaft und die Stellung der deutschen Landwirtschaft in der deutschen Volkswirtschaft". Es war dies einer der lehrreichsten und anschaulichsten Vorträge in der vom Kgl. Kammergericht veranstalteten Vortragsreihe. Prof. Dr. Dade legte an der Hand einiger weniger, um so schlagender wirkender Beispiele das soziale Problem dar, das in der Landwirtschaft für Deutschlands Erhaltung fuße. Er kennzeichnete, teilweise unter ziffernmäßiger Belegung, wie einmal die industrielle Bevölkerung der Großstädte nur durch Blutauffrischung vom platten Lande her auf ihrer Kopfzahl erhalten werden könne und werde, und wie zum anderen die Volksgesundheit mit der Gesundheit der Bevölkerung des platten Landes Hand in Hand gehe. Der Ruf: „Zurück aufs Land, zurück zur Natur!" sei ebenso berechtigt wie charakteristisch für die heutigen volksgesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse. Das beste Beispiel auf einschlägigem Gebiete liefern die Tauglichkeitsziffern für den Militärdienst in den Großstädten und auf dem platten Lande. Es müsse also alles daran gesetzt werden, dem deutschen Volke seine Urkraft zu erhalten und wieder zurückzugewinnen. Und dazu, das war die Quintessenz des ersten Teiles der Dadeschen Ausführungen, sei das zuverlässigste Mittel die Ausbreitung und Steigerung der inneren Kolonisation. Neben dieser sozialen Aufgabe der Landwirtschaft habe diese eine zweite, die wirtschaftliche: dem deutschen Volk seine Ernährungsmöglichkeit im Lande selbst zu gewährleisten, selbst dann noch, wenn die Bevölkerung wächst! Was würde sonst aus Deutschland im Falle eines Krieges? Wenn daher die deutsche Landwirtschaft dieses wirtschaftliche Problem löst, so löst sie damit die überhaupt wichtigste Aufgabe für das Bestehen Deutschlands. Und, so betont Professor Dr. Dade, sie will und wird sie lösen; im Fortschreiten auf dem Wege ihrer Entwicklung in den letzten 25 Jahren (intensiveren Betrieb und Mehrverwendung technischer Errungenschaften, landwirtschaftlichen Unterricht u. a. m.). Es sei zweifelhaft, ob die städtische Bevölkerung der Bedeutung der Landwirtschaft das rechte Verständnis so schnell, wie zu wünschen, entgegenbringen werde. Aber die deutsche Landwirtschaft werde dem Worte folgen: Weiterarbeiten und nicht verzweifeln!

Die Dadeschen Ausführungen waren von sachlicher, überzeugender Klarheit getragen und fanden schließlich in tabellarischen Lichtbildern ihren anschaulichen, ziffernmäßigen Beweis. Das juristische Auditorium hörte und sah auch mit ersichtlichem Interesse zu und dürfte aus dem ausführlichen Vortrage die Ueberzeugung von der, trotz vieler Nackenschläge und fast ständiger Anfeindungen aus den verschiedensten Lagern, machtvollen Entwicklung der deutschen Landwirtschaft unter der Regierung Sr. Majestät Kaiser Wilhelms II. gewonnen haben, um zu dem Urteile zu kommen, daß in der Erhaltung unserer Landwirtschaft und in deren rastloser Arbeit die beste Bürgschaft liegt, wie für die Steigerung der Volksgesundheit, so für die wirtschaftliche Wappnung unseres geliebten deutschen Vaterlandes, wenn einmal die Kriegsfackel entbrennen sollte. — Dem Vortragenden ward denn auch schließlich einmütiger, lebhafter Beifall.

Wie kommt die Arbeitslosigkeit zustande?

Mit dieser Frage beschäftigt sich ein Artikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung", aus dem hervorgeht, daß die von der Sozialdemokratie in Szene gesetzte lebhafte Agitation mit den tatsächlichen Verhältnissen am Arbeitsmarkt wenig zu tun hat. So wird z. B. in der roten Presse beständig verkündet, daß in der Hamburger Holzindustrie ein starker Beschäftigungsmangel obwalte; wie es hiermit in Wirklichkeit bestellt ist, zeigt folgender, aktenmäßig festgestellter Fall:

„Der Hamburger Unternehmer K. bestellte beim dortigen paritätischen Arbeitsnachweis drei Bautischler mit dem Bemerken, es handle sich um Lohnarbeiter, da in seinem Betriebe ausschließlich Lohnarbeit vergeben wird. Nach Aufruf der Stelle (ohne Namensnennung) meldeten sich 22 Mann. Von diesen wurden nach Maßgabe der laufenden Nummern drei ausgesucht und unter Angabe der Arbeits- und Entlohnungsart ins Büro gerufen. Sie frugen darauf nach der Höhe des Lohnes. K. erwiderte: „Ich zahle über den Tarif hinaus, und zwar 74 Pfg. Einstellungslohn (anstatt 65 Pfg.) und späterhin, je nach Leistung, auch mehr." Dies wurde rundweg abgelehnt und die Leute gingen fort. Die nächsten drei Leute gaben die gleiche Erklärung ab, und ebenso weitere drei Mann. K. mußte daraufhin unverrichteter Sache den Nachweis verlassen."

Hierzu bemerkt die „Arbeitgeber-Zeitung": „Also nicht einmal das Angebot des erhöhten Tarifsatzes wurde akzeptiert! Aber selbstverständlich figurieren diese neun zielbewußten „Genossen", multipliziert mit der Zahl der Tage, an denen sie das gleiche Experiment machen, in den Listen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik, mit deren Hilfe man die bürgerliche Gesellschaft und vor allem die Arbeitgeber zur Konzedierung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung zu zwingen trachtet."

Kleinere politische Nachrichten.

* **Demission des Ministeriums in Mecklenburg.** Der „Mecklenburgischen Zeitung" zufolge hat das großherzogliche Ministerium den Großherzog infolge der Beschlüsse der Stände in Sachen der Verfassungsvorlage um seine Entlassung. — Nach einer späteren Meldung aus Schwerin in Mecklenburg ist dem Landtag ein großherzoglicher Erlaß übergeben worden, in dem die Entgegennahme der Antwort des Landtags, welche der Verfassungsvorlage die Zustimmung versagt, vom Großherzog abgelehnt wird. Seit mehr als fünf Jahren sei es das eifrigste Bemühen des Landesherrn gewesen, unter Zurückstellung seiner landesherrlichen Interessen die gegensätzlichen Anschauungen zwischen Rittern und Landschaft auszugleichen, um die als notwendig erkannte Verfassungsreform durchzusetzen. Das sei nicht gelungen. Daß auf dem Wege weiterer Verhandlungen eine andere Stellungnahme der Stände zu erreichen sei, erscheine ausgeschlossen. Trotzdem wolle der Großherzog an dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191310302-15/fragment/page=0001

seinerzeit gefaßten Entschluß, aus eigener Entschließung eine Verfassung in Kraft zu setzen, nicht festhalten. Bei erneuter Prüfung sei er zu der Erkenntnis gelangt, daß die augenblicklichen Verhältnisse des Landes diesen äußersten Schritt noch nicht als gebieterische, unabweisbare Notwendigkeit rechtfertigen, der in seinen Folgen so unübersehbar sei und, wie der Großherzog sich überzeugt habe, die Möglichkeit nicht ausschließe, daß letzten Endes, was er nicht wünsche, die gesetzgebenden Faktoren des Reiches darüber bestimmen könnten, welche Verfassung Mecklenburg erhalten könne. Zuletzt wird erklärt, daß der Landesherr in seiner Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Verfassung nicht schwankend geworden sei und das gesteckte Ziel weiter verfolgen werde. Dann wurde der Streitzer Erlaß verlesen. Es folgte eine längere Debatte, worauf dieser Erlaß zu Protokoll gegeben wurde. Nach Verlesung der beiden Landtagsabschiede wurde der Landtag geschlossen.

* **Die bayerische Kammer der Abgeordneten** setzte am Mittwoch zunächst die Besprechung der Interpellation betreffend die „Bayerische Staatszeitung" fort. Der Abg. Günther (lib.) bezeichnete es als ein Unrecht, daß man sich bei der Schaffung des Blattes nicht an die Volksvertretung gewandt habe. Der Minister erwiderte, diese Frage sei eingehend geprüft worden, rechtliche Bedenken hätten aber nicht bestanden, eine Staatszeitung ohne Befragung des Landtags mit privaten Firmen zu gründen. Damit war die Besprechung erledigt. Außerhalb der Tagesordnung lehnte die Kammer nach den Antrag der Sozialdemokraten ab, heute, Donnerstag, nicht in die sachliche, sondern in die geschäftliche Behandlung des Gesetzes betreffend die Aufhebung der Regentschaft in Bayern einzutreten und den Entwurf erst einem besonderen Ausschuß zu überweisen. Demnach wird heute die erste und zweite Lesung des Gesetzentwurfes vorgenommen werden.

* **Herr von Metzen und das „Berl. Tageblatt".** Das „Berl. Tageblatt" glaubt mitteilen zu sollen, daß einige von den Briefen, die bei Herrn von Metzen beschlagnahmt worden sind, ihm in Abschriften vorgelegen hätten. Das Blatt verzichtet angesichts des schwebenden Prozesses „natürlich" auf eine Veröffentlichung, die übrigens auch von Herrn von Metzen anscheinend nicht gewünscht worden sei. Es ist, so bemerkt hierzu die „D. T." sehr richtig, überaus bezeichnend für beide in Betracht kommende Stellen, daß diese Briefe gerade dem „Berl. Tagebl." in Abschrift vorgelegen haben.

* **Aerzte und Krankenkassen.** In Berlin ist es nach langen und schwierigen Verhandlungen unter ständiger Vermittelung des Oberversicherungsamtes zu einem friedlichen Vergleich zwischen den größten Berliner Krankenkassen und den im Berliner Zentralverband vereinigten Kassenärzten gekommen. Damit ist aber der Friede durchaus nicht auf der ganzen Linie geschlossen. Durch den erzielten Ausgleichsbeschluß wird der Konflikt bei der Betriebskrankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn nicht berührt.

* **Der fünfprozentige Zollrabatt in der Union.** Aus Washington wird uns unter dem 29. Oktober gemeldet: Nach einer Mitteilung des „Sun" soll der Generalanwalt entschieden haben, der fünfprozentige Zollrabatt könne amerikanischen Schiffen nur eingeräumt werden, wenn er auch fast allen wichtigen Seemächten gewährt würde; infolgedessen betrachte die Regierung die Zollrabattbestimmung als annulliert. Diese Frage werde den Kongreß im Dezember beschäftigen.

Die Ursache der Katastrophe des „L. 2".

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die amtlichen Ermittlungen über die Entstehungsursache der Katastrophe des Marineluftschiffes „L. 2" haben das Nachstehende ergeben:

Bildung eines luftverdünnten Raumes in der vorderen Gondel, hervorgerufen durch die bei dieser Konstruktion erstmals angewandte Art des an der Vorderseite der Gondel befindlichen Schutzschirmes; Ansaugen des an der Unterseite des Luftschiffes austretenden Gases; Entzündung des in die Gondel hineingezogenen Gasgemisches durch einen Funken am Motor. Die Entstehungsmöglichkeit einer solchen verhängnisvollen, auf diesen neuartigen Schutzschirm zurückzuführenden Saugwirkung haben weder die Konstrukteure der Marine noch die der Zeppelin-Gesellschaft vorausgesehen. Bis dahin hatte sich die bisherige Schutzschirmkonstruktion durchaus bewährt. Nach verschiedenen Veröffentlichungen haben Fachmänner und Laien ihre mutmaßliche Ansicht geäußert, und unkontrollierbare Gerüchte sind entstanden. So soll der mit dem Luftschiff umgekommene Maschinist Lasch vor dem Aufstieg die Offiziere darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Motoren nicht in Ordnung seien. Die Offiziere aber hätten auf der Fahrt bestanden mit der Begründung der Anwesenheit der Abnahmekommission. Für die Richtigkeit eines solchen, an sich sehr wenig glaubwürdigen Vorganges fehlt nicht nur jede Unterlage, sondern es ist festzustellen gewesen, daß das Verhalten der Motoren vor dem Aufstieg einwandfrei gewesen ist. Weiter soll die Zeppelin-Gesellschaft selbst und insbesondere der Luftschiffkapitän Glund die schwersten Bedenken gegen die angeblich von der Marineverwaltung geforderte Konstruktion des Luftschiffes, insbesondere gegen die Verlegung des Laufganges in das Schiff selbst, gehabt haben. Dies trifft nach der ausdrücklichen Erklärung der Zeppelin-Gesellschaft nicht zu. Die Verlegung des Laufganges in den Schiffskörper ist auch zuerst von der Zeppelin-Gesellschaft angeregt worden. Derartige Bedenken der Gesellschaft sind auch schon deshalb völlig ausgeschlossen, weil andernfalls die über die Konstruktion vertraglich bestimmende und für sie verantwortliche Gesellschaft ganz selbstverständlich weder die vorhergehende Werftprobefahrten vorgenommen, noch der Marine das Schiff auf der Fahrt von Friedrichshafen nach Johannisthal unter Führung des Kapitäns Glund zur Abnahme vorgeführt hätte, noch endlich Kapitän Glund und seine Techniker als Vertreter der Gesellschaft an den weiteren Abnahmefahrten hätte teilnehmen lassen. Mit dieser auch im Namen der Zeppelin-Gesellschaft abgegebenen Erklärung werden alle Gerüchte und jede Legendenbildung widerlegt. Die nunmehr erkannten Gefahrenquellen werden künftig ausgemerzt. Ueber den hierzu einzuschlagenden Weg besteht zwischen Marine und Zeppelin-Gesellschaft völliges Einvernehmen.

Ausland.

Zu den Wirren in Mexiko

wird aus Mexicocity gemeldet: Der Minister des Auswärtigen erklärte, daß, falls Huerta und Blanquet bei der Präsidentschaftswahl die zu ihrer Wahl nötigen Stimmen erhalten hätten, was wahrscheinlich sei, der Kongreß die Wahl Huertas für ungültig erklären würde. Blanquet würde die Präsidentschaft bis zu einer Neuwahl übernehmen. Die Klausel, die ausschließe, daß ein Präsident unmittelbar wiedergewählt wird, finde auf den Vizepräsidenten keine Anwendung.

Luftfahrt.

Der Flieger Ernst Stöffler

ist mit seinem Begleiter Seekatz, von Laon kommend, Mittwoch gegen 5 Uhr in Villacoublay gelandet.

Vermischtes.

54 Menschen ertrunken.

Nach einer Meldung aus San Salvador haben dort ungewöhnlich starke Regenfälle stattgefunden, wodurch große Ueberschwemmungen verursacht wurden. Wie bisher festgestellt wurde, sind 54 Personen ertrunken, doch wird befürchtet, daß noch weit mehr umgekommen sind. Die Landwirtschaft hat großen Schaden erlitten. Der Eisenbahn- und der Telegraphenverkehr sind unterbrochen.

*

Wieder Feuer in Gent.

Mittwoch abend nach 7 Uhr brach im Stadtviertel Altflandern auf der Weltausstellung in Gent Feuer aus. Sieben Häuser wurden zerstört. Fünf Häuser stellten die Reproduktion eines Hofpizes aus dem 16. Jahrhundert dar. In den beiden anderen war ein Zigarrengeschäft und eine Restauration untergebracht. Der Schaden soll bedeutend sein. Das Feuer war nach Verlauf einer Stunde gelöscht. Das Stadtviertel Altflandern war eine Wiederherstellung der interessantesten Gebäude und Plätze aus den verschiedensten Städten von Flandern.

*

Ein Offizier und sieben Soldaten schwer verletzt. Bei Versuchen, die mit einer elfzölligen Haubitze auf dem Artilleriepolygon in Petersburg angestellt wurden, flog der hintere Verschlußteil ab. Das Geschoß flog zurück und explodierte dicht bei dem Geschütze. Ein Offizier und sieben Soldaten wurden schwer verletzt.

Bei dem Eisenbahnunglück auf dem Warschauer Bahnhof der Kowelbahn sind im ganzen 37 Personen verletzt worden, in der Mehrzahl schwer. Zwei von ihnen sind inzwischen gestorben, sodaß die Katastrophe bereits sieben Tote gefordert hat.

Schloß Bledau abgebrannt. In dem Schlosse Bledau des Grafen Batocki bei Königsberg wütete am vorigen Freitage eine verheerende Feuersbrunst, die das herrliche Bauwerk bis auf die kahlen Mauern einäscherte.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Reformations-Dank.

Die Reformationsglocken läuten durch die Lande. Sie singen und sagen von Befreiung, von Tagesanbruch, von Lenzeskraft. Wer nicht von engherzigem Parteistandpunkt aus, sondern vorurteilsfrei in die Geschichte blickt, der weiß, daß unsere ganze moderne Kultur nur auf dem Boden der Reformation erwachsen konnte. Wer also heute sich freut der religiösen Verinnerlichung, der wissenschaftlichen Forscherfreiheit, des modernen Staatsgedankens, der künstlerischen Kräfte, die aus dem Protestantismus heraus erwachsen sind, wer sich des Besten freut, was wir haben, der ist der Reformation zu unendlichem Dank verpflichtet. Statten wir ihn ab, diesen Dank, reichlich und fröhlich und bald! Es naht das Jubeljahr der Reformation, 1917! O, daß dann eine Tat des Dankes vorbereitet sei, die würdig ist des Gottessegens und der Kulturbedeutung der Reformation!

Dem Lutherverein in Dresden gebührt das Verdienst, zuerst zu einer solchen Tat des Reformations-Dankes aufgerufen zu haben. Neben allem, was sonst noch für 1917 vorbereitet wird, dürfte darum seine Lutherspende, zu der er seit drei Jahren allenthalben aufruft, das erste Anrecht auf die Anteilnahme und die gütige Hilfeleistung aller derer haben, die da wissen, was Luthers Tat von 1517 für uns und für die Welt bedeutet. Die Lutherspende darf diese Anteilnahme um so kühner erbitten, als sie den großen Vorzug hat, daß sie, Gott zu Dank und unserm Luther zu Ehren, auf einem zwar räumlich beschränkten, aber gerade darum auch überblickbaren und mit ihren Mitteln zu beherrschenden Gebiet eine wirklich endgültige Tat deutsch-evangelischer Bruderliebe bedeutet. Indem sie nämlich aufruft und bittet, daß man im deutsch-evangelischen Volk ihr helfe, bis 1917 eine Million zusammenzubringen, will sie — mit den Zinsen dieser im Deutschen Reiche verbleibenden Million! — der erdrückenden Not der deutsch-evangelischen Schulen in Oesterreich abhelfen. In jedem Jahre soll einer, nach Möglichkeit auch mehreren dieser Schulnöte endgültig abgeholfen werden. Die Befreiung der deutsch-evangelischen Schule in Oesterreich aus ihren schweren Sorgen, die Fürsorge dafür, daß diese Schule in Zukunft nicht mehr allen möglichen Zufälligkeiten ausgesetzt ist, daß sie also überhaupt erst völlig ihre Aufgabe erfüllen kann, eine Brunnenstube zu werden für deutsch-evangelisches Leben in dem mit uns tausendfach verbundenen österreichischen Volke, ist das nicht ein Reformations-Dank schönster Art, eine Tat des Dankes, an der jeder evangelische Deutsche sich beteiligen sollte?

Eine Million! Ob das zuviel ist für ein Volk von mehr als 40 Millionen Evangelischer? Ob es zuviel ist, wenn es gilt, den Dank auszudrücken für den unendlichen Segen, der uns aus der Reformation geflossen ist und täglich aufs neue fließt? Wenn nur jeder Evangelische allenthalben unsern Aufruf als an ihn gerichtet auffassen und dann nach seinen Kräften mit bauen helfen wollte an dem schönen, lebendigen Lutherdenkmal, das wir errichten, dann müßte die Million sehr bald in unsern Händen sein. Bis jetzt haben wir 200 000 Mk. bekommen. Mit rührendem Opfermut haben alle Kreise des Volkes dazu beigesteuert, zumeist allerdings solche, die nicht sehr bemittelt waren. Wir danken unserm Gott, daß es noch Edelsinn und Liebe gibt in unserm Volk. Aber wir bitten weiter, bitten jeden, auch dich, o Leser: „Laßt uns unseren Reformations-Dank darbringen, indem wir uns am Werk der Lutherspende beteiligen!"

Um eine Million zusammenzubringen, bedarf es großer „Bausteine" vor allem. Zwar nehmen wir natürlich jede Gabe mit derselben Dankbarkeit entgegen. Aber doch haben wir in der Hauptsache „Bausteine" zu 100 Mk. erhalten, weil unsere Freunde einsahen, daß wir durch solche beträchtliche Beiträge am besten vorwärts kämen. Natürlich sind auch noch größere Zahlungen eingegangen. Jeder der Geber hat nach seinen Kräften beigesteuert. Doch nein, viele haben über ihre Kräfte gegeben. Schulkinder, Waschfrauen, Dienstmädchen haben ihre Bausteine herbeigebracht, oft in rührender Weise geschaffen. 20 junge Leute z. B. zahlen wöchentlich je 5 Pfg., in 2 Jahren werden sie ihre 100 Mk. beisammen haben, und es wird für sie doch kein allzu großes Opfer sein. Und so könnten wir unzählige Beispiele des Opfersinns erzählen. Wir bitten nur jeden: „Suche doch auch du nach einem Wege, der es dir ermöglicht, der Lutherspende deinen Baustein zuzuführen!"

Wir haben eben das ragende Denkmal der Befreiung auf Leipzigs Feldern vollenden dürfen. Tue jeder das Seine, daß auch unser Lutherdenkmal der Lutherspende bald sich vollende und seinen Segen zu wirken beginne!

Uns freundlichst zugedachte Beiträge bitten wir an den Schatzmeister der Lutherspende, Herrn Landgerichtsrat Kulka, Dresden-A., Anton-Graff-Straße 24, II, oder mit Zahlkarte auf unser Konto 9910 „Lutherspende zum Reformationsjubiläum 1917, Dresden", an das Postscheckamt Leipzig einsenden zu wollen.

Der Hauptarbeitsausschuß für die Lutherspende.

Die elektrische Ueberlandzentrale Saalkreis—Bitterfeld, e. G. m. b. H., zu Halle (Saale)

hält ihre ordentliche Generalversammlung am Montag, den 10. November, vormittags 11 Uhr, im Saale der Landwirtschaftskammer zu Halle ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Wahl von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern und die Aenderung der Stromlieferungsbedingungen (Herabsetzung der Zählermieten für 1 K.-W.-Leistung und Nachinstallationen durch Unbefugte).

*

W. **Robach**, 29. Okt. (Was war die Todesursache?) Im Orte Ottowind waren am letzten Sonntag behufs Erbteilung fünf in Nachbarorten mit Landwirten verheiratete Schwestern bei ihrem Bruder zusammengekommen. Später erkrankten vier der Schwestern unter Vergiftungserscheinungen. Zwei von ihnen sind gestorben. Die Untersuchung ist eingeleitet. Die Verstorbenen sind die Landwirtsehefrauen Taubmann aus Drossenhausen und Groß mann aus Grattstadt.

= **Genz** (Anhalt), 29. Okt. (Wölferschlachtfeier.) Am Sonntag fand hier unter allseitiger Beteiligung die Einweihung eines Gedenksteines statt. Die Feier wurde eingeleitet durch einen gemeinsamen Frühgottesdienst. Nachmittags um 3 Uhr, nach einem Umzuge durch den Ort, wurde der Gedenkstein, ein großer schwerer Findling aus der Gemarkung Zehitz, unter einer Ansprache des Gemeindevorstehers Herrn Kohlmann enthüllt. Die Weiherede hielt Herr Pastor Günther. Nach einigen Vorträgen des Gesangvereins und einem gemeinschaftlichem Gesange schloß die erhebende Feier.

Aus dem Gerichtssaal.

—l. **Bekämpfung des Schmiergelderunwesens.** Halle, 28. Okt. (Strafkammer.) Ein hiesiger Fabrikbesitzer, Otto Bertram, trat im März mit einer sächsischen Genossenschaftsbäckerei in Unterhandlungen wegen Lieferung eines Dampfbackofens. Von dem Backmeister der Genossenschaft erhielt er ein Schreiben, in dem ihm dieser mitteilte, er kenne die Oefen der Hallescheu Fabrik schon von Chemnitz her und habe sie stets gut gefunden. Er sei daher bereit, auch bei der Genossenschaft für dieses Fabrikat einzutreten, und bitte zu diesem Zwecke um Prospekte und Preislisten. Der Fabrikbesitzer übersandte das Gewünschte und bemerkte in dem Begleitschreiben u. a.: „Es ist mir angenehm, wenn Sie für mich tätig sein können, und zeige mich Ihnen dafür gern erkenntlich." Zum Schlusse bat er den Backmeister, ihn über die Angelegenheit auf dem Laufenden zu erhalten. „Es würde mich freuen, Ihnen näher zu kommen." Der Brief gelangte zur Kenntnis des „Vereins gegen das Bestechungsunwesen"; auf welche Weise, kam in der Gerichtsverhandlung nicht zur Sprache. Der Verein, der seinen Sitz in Berlin hat, zeigte darauf den Fabrikbesitzer wegen Vergehens gegen § 12 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb an. Der Paragraph verbietet das Anbieten von Geschenken, die Bevorzugung bei Geschäftslieferungen bezwecken. Vor der Strafkammer bestritt der Fabrikbesitzer, sich gegen das Gesetz vergangen zu haben. Er habe dem Backmeister nur eine Zuwendung machen wollen, die im Geschäftsleben allgemein üblich sei. Von beabsichtigter Verdrängung der Konkurrenz könne in diesem Falle keine Rede sein, da ja nicht er zuerst sich an den Backmeister gewendet, sondern dieser ihm die Befürwortung seines Fabrikates angeboten habe mit der ausdrücklichen Begründung, daß er es bereits von früher her als gut kenne. Etwas Unlauteres würde doch nur dann vorliegen, wenn er dem Backmeister zugemutet hätte, für ein Fabrikat einzutreten, das schlecht war und vom Backmeister selbst dafür gehalten wurde. Sein Fabrikat indes sei bereits gut empfohlen und werde viel nach auswärts geliefert. Gerade aber bei einem Dampfbackofen sei es für den Lieferanten unbedingt notwendig, sich mit dem Personal, das nachher mit dem Ofen umzugehen habe, gut zu stellen; denn da er noch lange für den Ofen Gewähr zu leisten habe, so könne ihm übelwollendes Personal durch schlechte Behandlung des Ofens ungeheuren Schaden anrichten und ihm das ganze Geschäft zu nichte machen. Der Vertreter des Berliner Vereins bemerkte dazu, so redeten die Herren in solchen Fällen ja immer: die Geschenke, die sie den Angestellten anböten, sollten niemals Schmiergelder sein, sondern immer nur Trinkgelder und Vergütungen für rechtmäßige unentbehrliche Arbeit und Mühewaltung. Der Backmeister bestritt bei seiner Vernehmung, mit seinem Schreiben an den Fabrikbesitzer etwas Unlauteres beabsichtigt zu haben, um sich etwa die Befürwortung des Fabrikates bezahlen zu lassen. An die Antwort des Fabrikbesitzers wollte er sich überhaupt nicht mehr erinnern können. Der Staatsanwalt hielt Vergehen gegen § 12 für vorliegend und beantragte 60 Mark Geldstrafe. Das Gericht gelangte zu einem freisprechenden Urteil mit folgender Begründung: Unbedingt sei es ein übel Ding mit dem Angebot solcher Schmiergelder; für den Kaufmannsstand würde es sicher besser sein, wenn dergleichen in Wegfall käme. Das Gericht halte es für zweifellos, daß der Angeklagte in seinem Schreiben an den Backmeister diesem ein Geschenk habe anbieten wollen. Aber die Absicht der Beseitigung der Konkurrenz sei nicht erwiesen; auch sonst sei unlautere Absicht im Sinne des Gesetzes nicht nachgewiesen. Etwas Unschönes enthalte das Angebot zweifellos, etwas Strafbares aber nicht.

Osram-Draht-Lampe

Unzerbrechlich
70% Stromersparnis
Brillantes weisses Licht

Jede echte Osram-Lampe muss die Inschrift „Osram" tragen. — Überall erhältlich. Auergesellschaft Berlin O. 17

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191310302-15/fragment/page=0002

W. Das Urteil im Breslauer Sittlichkeitsprozeß. Von der Breslauer Strafkammer wurde am Mittwoch in der Sittlichkeitsaffäre das Urteil gefällt. Von den Angeklagten wurden einer zu 1 Jahr, zwei zu je 7 Monaten, sechs zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen fünf wurden freigesprochen.

W. In dem Prozeß gegen den Silberherrn-Fabrikanten Heise (Firma Otto Stolwerg und Genossen) wurde gestern von der Strafkammer in Nordhausen nach zehnstündiger Verhandlung und Vernehmung von über hundert Zeugen das Urteil gefällt. Der Angeklagte Heise ist schuldig des Betruges in sieben Fällen und wird zu einer Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis und 3500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der mitangeklagte Reisende der Firma Otto Stolwerg, Birnburg, ist schuldig des Betruges ebenfalls in sieben Fällen und wird zu einer Gesamtgefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt.

Aus dem Leserkreise.

(Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß in dieser Rubrik alle unsere Abonnenten zu Worte kommen, gleichgültig, ob ihre Ansichten mit denen der Redaktion übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt also für diese Rubrik keinerlei Verantwortung den Publikum gegenüber.)

Zur Stadtverordnetenwahl Halle-Nord.

Der Bürgerverein für Cröllwitzer Interessen hat unter Leitung des Oberlehres Hoë eine Versammlung abgehalten zu dem ausgesprochenen Zwecke, den bereits von den beiden starken Vereinen der Bürger in den Vororten, dem Haus- und Grundbesitzer-Verein und dem Bürgerverein Halle-Nord aufgestellten Kandidaten, Herrn Winter in Cröllwitz, zu Fall zu bringen. Es soll hier festgestellt werden, daß sich die Abneigung gegen die Kandidatur Winter einzig und allein auf eine persönliche Differenz des Vorsitzenden Hoë mit dem Direktor der Cröllwitzer Papierfabrik gründet, die hier auf kommunalpolitisches Gebiet übertragen werden soll. Herr Winter, der in keiner Weise etwa Kandidat der Papierfabrik ist und sich von dieser bescheinigen ließ, daß er vollkommen unabhängig ist und nur so im Stadtverordneten-Kollegium wirken will, wie es die Interessen des Nordviertels bedingen, wird allenthalben als altangesehener Bürger geschätzt und genießt, wie auch der Gleichensteiner Kandidat, das Vertrauen aller Kreise — bis auf das des Herrn Hoë. Um diesen geachteten Kandidaten der 2. Abteilung zu Fall zu bringen, hatte man meist Wähler der 3. Abteilung aufgeboten, sodaß es schließlich dahin kam, daß mit „einer" Stimme Mehrheit (nachdem man noch obendrein die vor der Abstimmung aus dem Saal Gegangenen unter sanftem Nachdruck wieder hereingeholt hatte) der Kandidat des Herrn Hoë den „Sieg" davon trug. Es muß festgestellt werden, daß die maßgebenden Wähler 2. Klasse in Cröllwitz, bis auf ganz verschwindende Ausnahmen, Mann für Mann für Herrn Winter eintreten und nicht für den Kandidaten Ritter. Was dem Nordviertel notwendig ist und frommt, weiß nur ein mit den dortigen Verhältnissen verwachsener Bürger, und das ist Herr Winter. Als einziges Mittel im Wahlkampfe gegen Herrn Winter werden die bekannten Gerüchte der Papierfabrik vorgebracht, für die man den Kandidaten mit verantwortlich macht. Dafür kann doch Herr Winter nicht. Im übrigen kann den Gegnern der Industrie, denn um etwas anderes handelt es sich ja garnicht, zur Beruhigung gesagt werden, daß lt. einer Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters jetzt ein chemisches Verfahren zur Beseitigung der Gerüche gefunden ist und der Papierfabrik die Aufgabe zur Einführung des neuen Verfahrens gestellt werden wird. Die Papierfabrik hat wiederholt erklärt, gern alles zu tun, was nötig erscheint, den berechtigten Wünschen aller Kreise nachzukommen. Mehr kann man nicht verlangen! In dem Haus- und Grundbesitzer-Verein und Bürger-Verein Halle-Nord sind fast sämtliche Wähler der 2. Abteilung vertreten. Diese beiden Organisationen haben erklärt, unbedingt an ihren beiden Kandidaten Lange und Winter festzuhalten und jede Einmischung einzelner interessierter Personen entschieden zurückzuweisen. L.

Letzte Telegramme.

Schwierigkeiten in den griechisch-türkischen Verhandlungen.

Athen, 30. Okt. Die türkischen Delegierten haben noch keine Entscheidung hinsichtlich des Abkommens über die Waluffrage und die Muftis erhalten. Infolgedessen dürfte der Abschluß des Friedens sich um mindestens 14 Tage verzögern.

Der serbische Ministerpräsident über die äußere Lage.

Belgrad, 30. Okt. In der gestrigen Sitzung der Skupschtina gab Ministerpräsident Pasitsch ein Exposé über die äußere Lage, in dem es heißt: Die Orientfrage ist von den christlichen Balkanstaaten zum Vorteil der Balkannationen gelöst worden. Es scheint, daß das Geschick dieselben christlichen Staaten wiederherstellen wolle, die vor fünf Jahrhunderten der türkischen Invasion unterlagen. Pasitsch gab sodann einen Ueberblick über den Verlauf der Balkankriege. Er bezeichnete es als einen Trost für Serbien, daß es das nur Mögliche getan habe, um einen Konflikt und blutige Streitigkeiten über Fragen zu vermeiden, die im Laufe des Krieges auftauchten und die auf friedlichem Wege geglättet werden konnten. Serbien habe vor allem versucht, den Konflikt zwischen den verbündeten Regierungen auf der Grundlage von Opfern und Zugeständnissen zu lösen.

Neue chemische Fabrik in Bernburger Flur.

Dessau, 30. Okt. Eine große chemische Fabrik, in der Kalirohsalz und Nebenprodukte verarbeitet werden sollen, wird der „Voss. Ztg." zufolge von der Privatvermögensverwaltung des Herzogs von Koburg und Gotha in der Bernburger Flur errichtet.

Universitätsfrage und Kolonialinstitut in Hamburg.

Hamburg, 30. Okt. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft wurde die Universitätsvorlage des Senats abgelehnt und ein Antrag Dr. Dückers angenommen, der um Ausbau des Kolonialinstituts zu einem Forschungsinstitut ersucht.

Pegoud-Ehrung.

Berlin, 30. Okt. Am Schluß der gestrigen Abschiedsvorstellung in Johannisthal wurde Pegoud am Start namens des Deutschen Luftfahrerverbandes durch den Feldmarschall v. d. Goltz ein mächtiger Lorbeerkranz überreicht. Der französische Aviatiker hängte sich diesen Schmuck um und vollendete in ihm seine Abschiedsfahrt im Auto.

*

(Wiederholt.)

Zahnärztliche Versuchsstation.

Berlin, 29. Okt. Am 1. November wird im Deutschen Zahnarzthause eine zahnärztliche Versuchsstation eröffnet werden, die der Prüfung und Begutachtung von Medikamenten, Material, Instrumenten usw. dienen soll.

Zum Breslauer Sittlichkeitsprozeß.

Breslau, 29. Okt. Gestern abend beantragte der Staatsanwalt gegen den in die Breslauer Sittlichkeitsangelegenheit verwickelten Großschlächter Kroboth drei Jahre Gefängnis. Zur heutigen Fortsetzung der Verhandlung war Kroboth, der sich auf freiem Fuße befand, nicht erschienen und war auch nicht in seiner Wohnung anzutreffen. Er soll Selbstmord verübt haben.

Schweres Eisenbahnunglück.

Warschau, 29. Okt. Auf dem hiesigen Bahnhofe der Kovelbahn rannte bei starkem Nebel ein Personenzug auf einen Zug, der sich auf einem Reservegleis befand. Fünf Personen wurden getötet und 33 verletzt.

Börsen- und Handelsteil.

Ueber die Lage des Rohzuckermarktes

während der Woche vom 21. bis 27. Oktober wird der „Berl. Börsen-Ztg." aus Magdeburg geschrieben: Das Geschäft in Fabrikzucker ist in dieser Berichtszeit wiederum sehr lebhaft gewesen. Die Fabriken blieben zu den anziehenden Preisen fortgesetzt starke Abgeber. Das Angebot in Nacherzeugnissen beginnt sich jetzt langsam zu mehren. Die heutige amtliche Preisfestsetzung ergab für Kornzucker Grundlage 88 Proz. Rendement 9,35—9,40 Mk., Nacherzeugnisse Grundlage 75 Proz. Rendement 7,55—7,65 Mk., ohne Sack, die 50 Kilogramm, ab Stationen. Der hiesige amtliche Freitagsbericht gab die Umsätze mit 994 000 Zentner (lediglich Zucker aus erster Hand an). Sonst meldeten Hamburg 412 000 Ztr. (erste und zweite Hand), Braunschweig 325 000 Ztr., Halle 185 000 Ztr., Danzig 150 000 Ztr., Stettin 221 000 und Breslau 299 000 Ztr. Raffinaden hatten nur unbedeutendes Geschäft. In Granulated kamen verschiedentlich Abschlüsse zustande, als Höchstwerte wurden erzielt für prompt 12 sh. 8 d., November/Dezember 12 sh., April/August 12 sh. 8¾ d. und Mai/August 12 sh. 4½ d. alles weniger ½ Proz. fob Hamburg. Der Terminmarkt ist augenblicklich sehr empfindlich für Wetter- und Ernteberichte sowohl bezügl. der Rübenzucker- als auch der Kolonialzuckerernten. Als Höchstwerte wurden erreicht am Donnerstag für Oktober 10,05 Mk., für Dezember 10 Mk., für Januar-März 10,07½ Mk., für Mai 10,30 Mk., für August 10,50 Mk. und für Oktober-Dezember 1914 10,07½ Mk. Die heutige amtliche Preisfestsetzung ergab für Kornzucker 88 Proz. Rendement, die 50 Kilogramm fob Hamburg: Oktober 9,87½ Gd., 9,92½ Mk. Br., 9,95—9,92½ Mk. bez., November 9,77½ Mk. Gd., 9,80 Mk. Br., Dezember 9,82½ Mk. Gd., 9,85 Br., 9,85 Mk. bez., Januar-März 9,95 Mk. Gd., 9,97½ Mk. Br., 10,02½ Mk. bez., März 10,02½ Mk. Gd., 10,07½ Mk. Br., Mai 10,17½ Mk. Gd., 10,20 Mk. Br., 10,25—10,22½ Mk. verkdl. bis 10,20 Mk. bez., August 10,37½ Mk. Gd., 10,40 Mk. Br., Oktober-Dezember 1914 9,95 Mk. Gd., 10,00 Mk. Br. Das Hamburger Gesamtlager hat 30 700 D.-Z. abgenommen gegen 82 100 Doppelzentner Zunahme im Vorjahre. Das wirklich feste Lager hat sich um 26 700 D.-Z. vermindert gegen 2000 D.-Z. Zunahme im Vorjahre. Angekommen sind 58 200 D.-Z. deutsche Rohzucker, ferner 61 500 D.-Z. Raffinaden. Verschifft wurden 97 000 D.-Z. Rohzucker, ferner 53 400 D.-Z. Raffinaden.

Die englischen Märkte verliefen in dieser Woche zumeist in fester Haltung. Schlußpreise am Sonnabend mittag für Best 88 Prozent Rendement, per cwt., fob Hamburg: Oktober 9 sh. 11¼ d. Wert, Dezember 9 sh. 11¼ d. Wert, Januar/März 10 sh. ½ d. Wert, Mai 10 sh. 2½ d. gehandelt, August 10 sh. 4½ d. gehandelt. Die Nachfrage für englische Raffinaden war fast durchweg stetig, so daß die Raffinerien ihre Preise verschiedentlich bis zu 3 d. per cwt. zu erhöhen vermochten. Festländischer Granulated lag für prompt ruhig zu 12 sh. 3 d. fob Hamburg, November-Dezember-Lieferung sowie Sommerschiften waren dagegen fest, und wurden erstere bis zu 12 sh., letztere bis 12 sh. 4½ d. alles weniger ½ Prozent fob Hamburg bezahlt.

Der Pariser Markt eröffnete in schwächerer Haltung und war vom Dienstag bis Donnerstag teilweise sehr fest. Am Freitag fielen die Kurse 25 Ctms. die 100 Kilogramm zurück. Schlußpreise am Sonnabend mittag für Weiß Nr. 3 die 100 Kilogramm: Oktober 32,37½ Fr. Abgeber, November 32,50 Fr. Wert, Januar-April 39,12½ Fr. Käufer, März-Juni 33,50 Fr. Käufer.

Der Antwerpener Platz folgte den Bewegungen der auswärtigen Märkte, die Kurse für Oktober und November gewannen 8½ Ctms., Januar-März 1,12½ Fr. die 100 Kilogramm.

Die holländischen Märkte zeigten teils ruhige, teils stetige Stimmung, wobei die Preise im Laufe der Woche ⅛ bis ¼ fl. die 100 Kilogramm anzogen.

Der Prager Markt setzte in ruhiger Haltung ein, zeigte später bis Donnerstag stetige Stimmung zu anziehenden Preisen, war am Freitag wieder schwächer, um am Sonnabend in stetiger Haltung zu schließen und zwar prompt zu 22,40 K., November-Dezember 22,45 K., so daß gegenüber der Vorwoche eine Besserung von 30 Heller vorhanden ist. Raffinaden teils ruhig, teils stetig.

Der New-Yorker Markt verlief in fester Haltung, am Freitag wurde für entfernte Sichten eine um 6 Punkte höhere Notiz geschaffen.

Das Wetter in Deutschland war für die Rüben günstig, die an Gewicht zunahmen und auch in der Qualität eine Besserung aufzuweisen haben. Die Mitte der Woche gefallenen Niederschläge waren mäßig bis leicht, nur der Strich Hannover-Hildesheim erhielt stärkere Anfeuchtung.

Berliner Produktenbörse.

Berlin 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Tendenz des Produktenmarktes war matt, und die Umsätze blieben recht gering. Brotgetreide sank in Rückwirkung der niedrigeren amerikanischen und Liverpooler Notierungen weiter im Preise, zumal auch die Provinz als Abgeber in größerem Maße auftrat, und sich eine gewisse Kaufunlust bemerkbar machte. Auch Hafer war billiger als gestern zu haben. Mais und Rüböl hatten nur geringes Geschäft. Wetter: schön.

Schlußbörse.

Weizen: Okt. —,—, Dezbr. 187,75, Mai 195,75 M; behauptet.
Roggen: Okt. —,—, Dezbr. 158,75, Mai 164,00 M; ruhig.
Hafer: Dezbr. 158 00. Mai 161,50 M; matt.
Mais: Dezbr. —,—, Mai —,— M; still.
Rüböl: Okt. —,—, Dez. 65.60, Mai —,— M; still.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) Berlin, 29. Oktober.

Weizen (Normalgew. 755 g):		**Mais (p. 1000 kg) frei Wagen:**	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	179—183	Amerik. mig.	164—168
abfallender	—	runder	144—146
Oktober	—	Odessa	—
Dezember	—	weißer Natal	—
Mai	194½	**Erbsen (per 1000 kg):**	
Roggen (Normalgew. 712 g):		Inl. u. russ. Futterware	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	157	mittel	163—170
abfall.	—	feine Taubenerbsen	171—195
Mai	165	Viktoriaerbsen	—
Oktober	—	Kleine Kocherbsen	—
Dezbr.	158¾	**Weizenmehl (per 100 kg)**	
Gerste†) (per 1000 kg)		Nr. 00 brutto einschl. Sack	
Futterg., leichte inl.	142—150	ab Bahn u. Speicher	22.00—26.75
do. schwere	151—164	**Roggenmehl (per 100 kg):**	
Wintergerste, inländ.	—	Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
russ. u. Donau leichte	124—130	ab Bahn u. Speicher	19.20—21.40
amerikan.	—	**Weizenkleie:**	
Hafer (Normalgew. 450 g):		grobe und feine	10.00—10.50
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	172—187	**Roggenkleie**	—
do. mittel do.	158—171	**Seradella**	—
do. gering do.	—	**Lupinen, gelbe**	—
mit Geruch	—	blaue	—

*) ab Bahn und frei Wagen. †) frei Wagen und ab Bahn.

Berliner Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):		**Hafer (Normalgew. 450 g):**	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	179—183	inländ. fein	171—179
abfall.	160—178	mittel	155—170,	gering	—
Okt.	—	Okt.	—
Dezemb.	187—187⅞	Dezbr.	158¾—158—157¾
Mai	194¼—195¼	April	—
Juli	—	Mai	161½
Roggen (Normalgew. 712 g):		**Weizenmehl (per 100 kg):**	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	156¾	Nr. 00 brutto einschl. Sack	
Oktbr.	—	ab Bahn u. Speicher	22.00—27.00
Dez.	158¼—158¾	(feinste Marken über Notiz).	
April	—	**Roggenmehl (per 100 kg):**	
Mai	163½—164	Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
Mais (ohne Ang. d. Prov.):		ab Bahn u. Speicher	19.20—21.40
amerikan. mixed	—	Okt. —.—. Dez. —.—.	
runder	141—144 (ab Kahn)	**Rüböl (per 100 kg in Fäß):**	
Okt.	—	Oktbr.	—.—
		Dezbr.	—.—

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Berlin**, 29. Oktober. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl, Oktober-Dezember 19,50 Mk., feuchte Stärke 10,00 Mk.

Spiritus.

— **Paris**, 29. Oktober. Spiritus ruhig, Oktober 43,00, November 43,50, Januar-April 45,50, Mai-August 46,50.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 29. Oktober. Rüböl loko 70,00, Mai —.
— **Hamburg**, 29. Oktober. Rüböl ruhig, loko verzollt 67,00.
— **Amsterdam**, 29. Oktober. Leinöl loko 34⅝/, November-Dezember 33½, Januar-April 35,00, Mai-August 36,00.
— **Paris**, 29. Oktbr. Rüböl ruhig, Oktbr. 78,50, Novbr. 77,00, Januar-April 75,75, März-Juni 74,00.

Zucker.

W. **Hamburg**, 29. Oktbr. Rüben-Rohzucker 1, Produkt Basis 88 % Rendement, neue Ernte, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per Oktober 9,70, per November 9,60, per Dezember 9,65, per Januar-März 9,75, per Mai 10,00, per August 10.20, Anfang 10,17½. Tendenz: ruhig.

W. **London**, 29. Oktober. Rüben-Rohzucker 88 % Oktober 9 sh. 7¼ d. Wert, ruhig. Javazucker 96 % prompt 11 sh. — d. nom., ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 29. Oktober. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Dezbr. 57 G., März 58 G., Mai 58¼ G., September 59 G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam**. 29. Oktober. Java-Kaffee, good ordinary, loko 45.

— **Havre**, 29. Oktober. Kaffee. Good average Santos Dezbr. 72½, März 72½, Mai 73½, September 73½. Tendenz: stetig.

W. **Rio de Janeiro**, 28. Oktober. Kaffee. Zufuhren 19 000 Sack in Rio, 68 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 29. Oktober. Baumwolle, stetig. Upland middling loko 71,25 Pf.

— **Antwerpen**, 29. Oktober. Wolle. La Plata-Kammzug Type B Dez. 6,20, Juli 5,97½ bezahlt. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool**, 29. Okt. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikanische middling Lieferungen: Willig. Per Juni —,—, per Oktbr.-Novbr. 7.35, per November-Dezember 7,26, per Dezbr.-Jan. 7,24, per Januar-Februar 7,23, per Februar-März 7,22, per März-April 7,22, per April-Mai 7,21, per Mai-Juni 7,21, per Juni-Juli 7,18, per Juli-August 7,14.

Metalle.

— **Amsterdam**, 29. Oktober. Banccazinn ruhig, loko 111⅝/.
- **London**, 29. Okt. Blei, span., 20⁷/₁₆ Lstrl., engl. 20⁹/₁₆ Lstrl., Zinn 183¹/₄ Lstrl., Zink 21⁹/₄ Lstrl., Chili-Kupfer 74¹/₄ Lstrl., 3 Monate 73¹/₈ Lstrl.

— **Glasgow**, 29. Oktober. (Schlußbericht.) Roheisen ruhig. Middlesborough Warrants per Kasse 51 sh. 8½ d.

Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Berlin**, 29. Okt. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 143 Rinder (darunter 63 Bullen, 10 Ochsen, 70 Kühe und Färsen), 1671 Kälber, 760 Schafe, 13 622 Schweine. Die Preise verstehen sich für 1 Ztr. Lebend- oder Schlachtgewicht. Ochsen, Bullen, Kühe, Jungvieh fehlen. Kälber: A. 90—100 (129—143), B. 66 bis 71 (113—118) C. 63—67 (105—112), D. 58—62 (102—109) M, E. 43—55 (78—100). Schafe: Stallmastschafe: A. 46—49 (92—98), B. 40—45 (80—90), C. 32—36 (67—75), D. —— (——) M, Weidemastschafe: A. 46—47 (—), B. 44 (——) M. Schweine: A. 60 (75), B. 59—60 (74—75), C. 58—60 (73—75), D. 57—58 (71—73), E. 54—56 (68—70), F. 54—56 (68—70). — Der kleine Rinderauftrieb war nicht abzusetzen. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen wurde nicht ganz ausverkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig.

Magerviehhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde**, 29. Oktober. Auftrieb: 1952 Schweine, 3243 Ferkel. Verlauf des Marktes: Mittelmäßiges Geschäft. Es wurde gezahlt im Engroshandel für Läuferschweine: 7—8 Monate alt 45—61 M, 5—6 Monate alt 32—47 M. Pölke: 3—4 Mon. 22—31 M. Ferkel: 9—13 Wochen alt 16—21 M, 6—8 alt Wochen 11—15 M.

Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 29. Oktober. Roter Winter-Weizen loko 98⅛/, per Sept. —,—, per Dezbr. 95⅝/, per Mai 98¼/, per Juli —,—. Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 8,75 Getreidefracht nach Liverpool 2¼/.

W. **Chicago**, 29. Oktober. Weizen per Dez. 86, per Mai 90⅞/, per Juli —. Mais, per Dez. 70¼/, per Mai 71⅝/, per Juli 71⅛/.

W. **New-York**, 29. Oktober. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 11,25, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 16,25.

W. **New-York**, 29. Oktober. Schmalz Westernsteam 10,90, Rohe und Brothers 11,55.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt 28. Oktober + 1.10, 29. Oktober + 1.10, Grochlitz + 0.67, + 0.60, Nebra Obp. + 1.96, + 1.96, Nebra Unto. + 1.27, + 1.30, Brücken. + —, + —, + —, Eßen + 0.56, + 0.56, Weißenfels Unto. — 0.26, — 0.26, Trotha + 1.30, + 1.32, Wilsleben + 0.72, + 0.70, Bernburg + 0.28, + 0.33, Calbe Obp. + 1.35, + 1.34, Calbe Unto. — 0.16, — 0.20, Grizehne — 0.01, — 0.01.

Verantwortlich: Für Politik u. Feuilleton: Rechtsanwalt Dr. jur. Straßer u. Max Ebeling; für Provinz u. Allgemeines, Börsen- u. Handelsteil: Fritz Müller; für Oertliches: Heinrich Miesicner; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle (Saale). — Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Hallescheen Zeitung in Halle (Saale)" zu adressieren. — Sprechstunden der Redaktion für Politik, Feuilleton u. Theater von 10—11 Uhr, für die übrigen Ressorts von 8—1 Uhr mittags.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S., Alte Promenade 3, gegenüb. d. Stadttheat.

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191310302-15/fragment/page=0003

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q1 quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q2 do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q3 do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 29. Okt. 1913

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 5½%, Lombardzinsfuß 6½%, Privatdiskont 4¾%.

Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.																			
Dt.Rchs.Sch.	a	4	99.40bG	Magdeb. 91	a	4	97.00B	Serb. Gold-A	f	4½	87.90b	Koslow-Wor.	d	4	84.90b	PrPfd.B.S 29	a	4	93.50bG
do. 1.4.15	d	4	98.80bG	do. 1906	a	4	95.80b	do.am.Anl95	a	4	79.30b	Kursk-Kiew	b	4	86.00b	do. S. 30, 31	v	4	93.70bG
do. 1.5.16	a	4	98.70bG	do. 1902	d	4	96.30G	Siames. Anl.	c	4½	93.00b	Lodz.Fabr.B.	a	4	84.80G	do. Serie 32	v	4	95.00G
Dt.Rchs.-Anl	v	4	97.90bG	do. 86-02	a	3½	88.75G	Türk.AdmAnl	c	4	79.40bG	Moskau Kas.	a	4½	93.50G	do. Serie 23	d	3½	87.25G
do. uk. 25	d	4	98.10bG	Mannh01 12	b	4	94.00G	do.Bagd.Anl.	c	4	79.80G	do. 1911	e	4½	93.75bG	do. Serie 26	a	3½	87.25bG
do.uk35 Int	c	4	98.10bG	Mind. 95/02	v	3½	—.—	do. do. 2	a	4	177.20bG	do. 1915	e	4½	86 10G	do.17 18 24	v	3½	83.10bG
do. do.	v	3½	84.90B	MülheimRhr.	d	3½	89.75G	do. unif. 03	c	4	87.50bG	Mosk. KiewW	a	4½	93 50b	Pr.Klnb.-Ob.	a	4	92.30G
do. do.	v	3	76.30bG	München 94	v	3½	87 60G	do. do. 05	c	4	74.10bG	do. 1910	a	4½	93.90b	do.KmOb.67	a	4	95.00bG
Dt. Schutzg.	a	4	97.90bG	do. 07 u. 13	d	4	94.50bB	do. do. 08	a	4	74.10bG	do.	d	4	85.00B	do.S.9 uk.20	a	4	95.25bG
								do. Zoll-Obl.	a	4	74.00G	do. Rjäsan	b	4	86.40b	do.S10 uk21	d	4	95.60bG

Rh.Brnk09 2	d	*4½	98.50G	Düss. Höfelb	O	10	158.00G	Dt.Lin uWchs	1	5	119.25G	Kosth. Cell.	1	11	124.75bG	Schöneb. Fr.	4	0	72.00bG
do. Metall 5	d	4	90.25G	Frankf Henn.	O	7	121.50G	de Schachtb.	1	35	378.75bG	Kronpr. Met.	1	20	284.50bG	C.Schoening	5	9	117.00bG
Rh. Wstf. El.2	d	4½	97.00G	Germn. Drtm.	O	9	137.50b	do Spiegelgl	1	25	260.50bG	Gb. Krüg.&C.	1	12	144.00G	Schönw. Prz.	1	4	80 25G
do. do. 2	d	4	89.00G	Gevelsberg.	O	3	161.00G	do. Steinzg.	1	16	223.50b	KruschwitzZ.	7	15	262.50G	Herm. Schött	1	9	121.00G
do.Kalkw. 5	a	*4½	100.60G	Gilden-Br.	O	0	63.00B	do.Ton u Stz.	1	10	134.50bG	Kunz Treibr.	1	7	98.50G	Schftg. Huck	1	6½	88.00G
RiebeckMt.2	b	4½	98.25b	Glückauf	O	8	125.50G	do.Waff.uMn	1	32	595 25bG	Kupfw Dtschl	1	9	125.75G	Schub.& Slz.	4	24	347.50bG
Romb. Hütt.3	a	*4½	99.30bB	Henning. Rfb	O	0	—.—	do. Wagg.Lh.	1	12½	195.75G	Küppersb&S	1	13	208.50G	SchuckertEl.	8	8	148.90b
Rybn. Steink.	a	*4½	—.—	Herkul.Cass.	O	9	153.25G	do.Wasswrk.	1	4	87.75G	Kyffhäuserh.	1	0	88 50b	Fr. Schulz jr.	1	23	284.90b
Sächs.El.L.5	i	4½	98.75G	Holsten	O	14	206.75b	Dt. Eisenhdl.	1	8	120.25G	Lahmeyer C	4	6	120.10G	Schulz-Kndt	1	8	119 00G
Sauerbrey 3	a	*4½	95.75G	Hugger Pos.	O	8½	135.75G	Dommitzsch	4	5	69.00bG	Lauchhamm.	7	10	182.50bG	Schwaneb. C	1	7	91.00G

Wechsel

Amst.-Rtt.	8 T.	5	168.85b
do.	2 M.	5	167.30G
Brüss. u. A	8 T.	5	80.425G
Kopenhg.	8 T.	6	112.00G
London	vista	5	20.50bB
do.	8 T.	5	20.495b
do.	3 M.	5	20.21G
Madr. u. B.	14 T.	4½	76.45b
Neuyork	vista	—	4.215bG
Paris	vista	—	81.05bG
do.	8 T.	4	81 05b
do.	2 M.	4	80.30G
Wien	8 T.	6	84.825b
do.	2 M.	6	83.95G
Schweiz	8 T.	4½	80.85G
Stockhlm.	10 T.	5½	112.05G
Ital Plätze	10 T.	5½	80.35b
Petersb.	8 T.	6	—.—
Warschau	8 T.	6	—.—

Gold, Silber, Banknoten

Sovereigns p. Stück	20.47G
20-Frank-Stücke	16.205b
N.Russ.Gold p. 100R	216.20bG
Amerik. Noten	4.21b
do. do. kleine	4.2125b
do. Kup.zbN.-Y.	4 205b
Belgische Noten	80.45b
Engl. Banknoten 1 L.	20.485b
Franz.Bankn. 100Fr.	81.00b
Holländ. Banknoten	168 95bG
Italienische Noten	80.40b
Norwegische Noten	112.00G
Oest. Noten 100 Kr.	84.90bG
Russ. Noten 100 Rb.	216.15b
do. Zoll-Kup. kl.	323 80b
Schwedische Noten	112.05bG
Schweiz.Not. 100Fr.	80.80G

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß vor den Kursen angegeben. Sämtliche Industrie-, Bank- und Bahn-Aktien werden franko Zinsen gehandelt. Der Dividendenschein wird erst nach der Generalversammlung getrennt. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genußscheine werden ebenfalls frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191310302-15/fragment/page=0004